

Beschluss Beschluss: Windenergie weiter ausbauen und Arbeitsplätze sichern

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 30.11.2019
Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

- 1 Die Klimakatastrophe vollzieht sich dramatisch schnell. Aktuell sprechen
2 Wissenschaftler*innen von unsäglichem menschlichen Leid, das auf uns zukommen
3 wird, wenn wir die Erderwärmung nicht auf mindestens 1,5 °C begrenzen. Gerade
4 die erneuerbaren Energien sind in der Lage, die CO₂-Emissionen drastisch zu
5 reduzieren, wenn wir die Energiewende endlich richtig und beherzt anpacken.
- 6 Überall – egal ob in Sachsen-Anhalt oder bundesweit – werden wir nicht annähernd
7 den vor uns stehenden Herausforderungen im Klimaschutz gerecht. Momentan
8 beobachten wir ein Versagen der schwarz-roten Politik auf Bundesebene, wenn es
9 darum geht, die Energiewende voranzubringen. Statt eines Planes zur Entwicklung
10 der Zukunft vorzulegen, werden immer neue Hemmnisse aufgebaut. Die Koalition von
11 CDU und SPD in Berlin hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Es ist eher drei
12 als fünf vor zwölf. Wenn wir jetzt nicht wirksam unsere Energiepolitik
13 umsteuern, dann werden sich unsere Lebensverhältnisse und die anderer Staaten,
14 so wie wir diese jetzt kennen, nicht aufrechterhalten lassen. Deutschland muss
15 als gutes Beispiel vorangehen.
- 16 Es ist eine Frage der Daseinsvorsorge. Es muss jetzt gehandelt werden. Sofort!
17 Eine behutsame Kehrtwende ist zu wenig, wir brauchen jetzt den massiven Ausbau
18 der Erneuerbaren Energien. Das sichert Arbeitsplätze und bewahrt unsere Umwelt.
- 19 Derzeit stehen tausende Arbeitsplätze in Magdeburg und auch in anderen
20 Bundesländern auf der Kippe. Einer der großen Arbeitgeber der Windenergiebranche
21 hat angekündigt 3000 Stellen abzubauen. Wir BÜNDNISGRÜNE sind wütend über diese
22 Entwicklung und erwarten massive Anstrengungen der Politik und der
23 gesellschaftlichen Akteure, um diese Arbeitsplätze zu sichern.
- 24 Die Energiewende bedeutet auch langfristig die Sicherung von Arbeitsplätzen in
25 Deutschland, und nicht nur bei ENERCON.
- 26 Auch die vielen kleinen Zulieferbetriebe gehören in den Fokus der Politik.
- 27 Derzeit importiert Deutschland zirka 70% der Primärenergie aus dem Ausland. Und
28 das meistens in Form von Öl und Gas und somit mit einem starken Ausstoß von CO₂.
29 Eine erfolgreiche Energiewende bedeutet die Umstellung auf Elektroenergie als
30 universellen Energieträger. Diese Energieform dient uns auch in Zukunft als
31 Grundlage für Rohstoffe einer dekarbonisierten Wirtschaft. Ziel einer
32 zukunftsweisenden Energiepolitik muss es sein, dass klimaschädliche Gase
33 vermieden werden.
- 34 Unsere Vorschläge auf Landesebene:
- 35 • Regionale Planungsgemeinschaften sollen weiterhin wie bisher in bewährter
36 Weise die Abstandsregelungen für ihre Planungsregionen selber treffen.
37 Denn sie kennen die Bedingungen vor Ort am besten. Falls dennoch
38 Abstandsregelungen zur Wohnbebauung von Bundesebene getroffen werden
39 sollten, soll Sachsen-Anhalt von der vorgesehenen Ausnahmeregelung

40 Gebrauch machen, sodass geringere Abstände ermöglicht werden und somit
41 mindestens die dann neue Regelung von 1000 m Abstand zur Wohnbebauung ab
42 fünf Häusern nicht zwingend greifen muss.

- 43 • 2% Flächenziel im Landesentwicklungsgesetz verankern und eine
44 Bundesratsinitiative für ein 2% Flächenziel für die Bundesrepublik
45 Deutschland
- 46 • Evaluierung des Genehmigungsprocedures unter besonderer Berücksichtigung
47 der Fragestellung, ob die Genehmigungsbehörden die Freiräume der
48 Einzelfallentscheidung auf der Grundlage des Leitfadens Windenergie nutzen
49 zugunsten des Ausbaus der Windenergie.
- 50 • Die Regionalen Planungsgemeinschaften sollen unterstützt werden, damit sie
51 mehr Flächen als die derzeit ausgewiesenen 1,1 % ausweisen.
- 52 • Parallel zum Ausbau der Windenergie müssen zur Sektorkopplung Speicher,
53 insbesondere für Wasserstoff gefördert werden.
- 54 • Den Kommunen im Land sollen Handlungsmöglichkeiten bei der
55 wirtschaftlichen Betätigung mit erneuerbaren Energien ermöglicht werden.
- 56 • Schutz der Artenvielfalt durch Einsatz neuer Technologien [Radarsysteme]

57 Unsere Vorschläge auf Bundesebene:

- 58 • keine Vorgabe von Abstandsregelungen
- 59 • Abschaffung des Ausbaudeckels
- 60 • Vorgabe eines bundesweiten Flächenziels von 2%
- 61 • Regelung zur Flugsicherung anpassen, damit die Abstandsregelung zu
62 Drehfunkfeuern reduziert wird
- 63 • Der Zerlegungsmaßstab für die Gewerbesteuer sollte so geändert werden,
64 dass der Ertrag aus der Gewerbesteuer aus dem Betrieb der Windkraftanlagen
65 zu einem signifikanten und transparenten Anteil der betroffenen
66 Standortgemeinde dienen.
- 67 • Bürgerwindanlagen müssen leichter ermöglicht werden. Die EU-Erneuerbare-
68 Energien-Richtlinie ist im nationalen Recht umzusetzen.
- 69 • Genehmigungsverfahren müssen gestrafft und durch Digitalisierung
70 verbessert werden.